

Krebecker Erklärung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Nahversorgungstages in Krebeck verständigen sich mit großer Mehrheit auf folgende Thesen zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen:



Thesen

- Um Nahversorgung in Dörfern zu entwickeln braucht es „verrückte Personen“, die mit Herzblut ein Ziel verfolgen, sie sind dabei auf Unterstützung von unterschiedlichen Seiten (Berater, Politik und Verwaltung) angewiesen.
- Grundvoraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement sind das Erkennen einer Handlungsnotwendigkeit („Leidensdruck“) und ein breiter Konsens bzw. die Zusage, die Angebote auch anzunehmen (Nachfrage).
- Nahversorgung kann durch Bürgerengagement nur dann entwickelt werden, wenn die wirtschaftliche Tragfähigkeit solcher Projekte gegeben ist und eine Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Gemeinwohl voransteht.
- Wichtig ist der Informationsfluss über Projekte (z. B. Best-Practice-Beispiele), die sich mit unterschiedlichen Ansätzen dem Thema Nahversorgung nähern; somit ist die Vernetzung von Initiativen eine zentrale Aufgabe sowie die Sensibilisierung für die Wichtigkeit des Erhaltes der Nahversorgung in den Dörfern vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Voraussetzung

Es gibt keine Patentlösung → individuelle Lösung

Notwendige Rahmenbedingungen

→ Externer An Schub als „Initialzündung“

- Bürger als Schlüsselpersonen: Identifikationsfiguren
- Sicherung von Kontinuitäten
- Sensibilität der Hauptverantwortlichen, um bürgerschaftliches Engagement zuzulassen, Verantwortung unter den Bürgern zu fördern
- Generationsübergreifende Initiativen zur Bürgerbeteiligung fördern
- Atmosphäre der Offenheit herstellen; Beteiligungsräume schaffen
- „Nahversorgung wird es nur dort geben wo Nahversorgungsangebote angenommen werden.“
- Marktwirtschaftliche Instrumente vor Subventionierung durch die Gemeinde

Thesen

- Die Strukturförderung muss mehr auf den ländlichen Raum fokussiert werden
- Die Förderung der ländlichen Entwicklung muss regionalisiert werden (Beispiel: Regionalisierte Teilbudgets)
- Das Förderspektrum im Bereich ländliche Entwicklung muss an die aktuelle Situation mit flexiblen Regelungen angepasst und zum Beispiel um Maßnahmen im Bereich Daseinsvorsorge erweitert werden sowie vom engen Bezug zu landwirtschaftlichen Betrieben/Gebäuden gelöst werden
- Städtebauförderung muss stärker mit der Dorferneuerung verzahnt werden
- Das Förderspektrum muss insgesamt um Maßnahmen zur Einbindung von Jugendlichen erweitert werden
- Projekte mit einem hohen Anteil von bürgerschaftlichem/ehrenamtlichem Engagement und nicht investive Projekte müssen Vorrang in öffentlichen Förderprogrammen bekommen
- Die Förderprogramme müssen entbürokratisiert und auf die Beteiligung ehrenamtlicher Strukturen zugeschnitten werden